

Fr. Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., auswärts Zustellungs-
gebühr. Befellungen werden von allen
Reichspostämtern angenommen.
Um amtlichen Zeitungs-Vergleichs
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen
für unterzeichnet eingehende Namenskarte
und keine Gebühren zu erheben.
Kontoband nur mit Quittungsanträge:
„Saale-Ztg.“ gefordert.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. 2535; der
Redaktion Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176;
Verlags-Geschäftsstelle (Raar 24) Nr. 2266.

Saale-Beitung.

Neununddreißigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise aber dem
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von unterm Annahmestelle
und allen Annoncen-Expeditoren an-
genommen. Kleinanzeigen die Seite 75 Pfg.
Erhalten wöchentlich proforma;
Sonntags und Montags einmal,
sonst zweimal täglich.

Schriftleitung und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Braubachstraße 17;
Abend-Geschäftsstelle: Markt 24.

Politische Wochenschau.

Die Bergarbeiterschuldnovelle der Regierung wurde von der Herrenhauskommission in der Sitzung des Abgeordnetenhauses mit beträchtlicher Mehrheit angenommen. Der Entwurf über die Wahrungssperre fand gleichfalls in der Hauptsache die Zustimmung der ersten Kammer. Als gesichert gilt dagegen nach dem Abstimmergebnis der Kommission der Silligungsentscheidung, es sei denn, daß das Plenum des Herrenhauses die Beschlüsse der Kommission, was nicht anzunehmen ist, über den Haufen wirft. In der nächsten Woche wird voraussichtlich die parlamentarische Behandlung der beiden Entwürfe zum Abschluß gelangen und somit die beregelmäßige Aktion der Regierung zunächst beendet. In der Hauptsache hat Fürst Bismarck und sein Ministerkollege Müller gestimmt. Hauptsächlich wird das Ministerium in der Silligungsfrage keine Nachgiebigkeit zeigen, sondern darauf bestehen, daß die offensiblen Maßnahmen, die das Syndikatswesen gezeitigt hat, energig bekämpft werden. Eine sehr trostreiche Ansicht eröffnet sich keineswegs, wenn man die Andeutungen offizieller Organe in Sachen der Revision der Arbeitslosen-Verordnung liest. Danach soll die Zustimmung der Parteien der Rechte zur Bergarbeiterschuldnovelle durch die Verheißung einer Aufhebung des Charakters der Selbstverwaltung in den Krankenkassen gewonnen worden sein. Das ewige Gerumel von den Sozialpolitikern und Sozialpolitikern läßt keine ruhige innere Ausgestaltung zu. Die fortschrittlichen Parteien dürfen auch auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens keine Ausnahme- und Auslieferungspolitik inszenieren helfen, sondern werden unerbittlich dazu beitragen haben, das Erreichte zu sichern und zu festigen. Hauptsächlich wird Staatssekretär Graf Vowolsky so viel Festigkeit zeigen, daß er bei der notwendigen Vereinheitlichung der sozialen Gesetzgebung, die er angeht, nicht eine reaktionäre Bahn betritt, welche dem Volke die Freude an der Mitarbeit verberben würde.

Nach Beendigung des Ruhrkohlenarbeiterstreiks befindet sich das Deutsche Reich bereits wieder im Anblick großer Massenarbeitslosigkeit. Die bedeutendsten sind die Auslieferung der Bauarbeiter im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet und die Auslieferung der Metallarbeiter in Bayern. In München begann der Streik bereits Anfang April in der Fabrik von Maxfeld, als die Firma für die Anfertigung eines Kettenausganges billigerer Artordnungen zahllos als vorher für die eines Schnellzugseifers. Die Arbeiter widersprachen dieser Herabsetzung des Lohnes als einem unbilligen Akt, und der bayerische Metallarbeiterverband suchte mit den vier Firmen Kraus, Metzger, Landes und Maxfeld Verhandlungen zur Schlichtung des Streites anzuknüpfen, die aber mit der Motivierung abgelehnt wurden, daß die Firmen nicht mit dem Verbände verhandeln, sondern direkt nur mit ihren Arbeitern. Auch lehnte der Verband der bayerischen Metallindustriellen grundsätzlich Tarifverträge ab. Die Betonung dieser unmodernen Auffassung, die wissenschaftlich und vielfach praktisch schon längst als überwunden gilt, war der Ausgangspunkt der großen Erregung, die auf alle anderen bayerischen Firmen in München und Augsburg übergriff. Dies alles fand noch im April und Mai statt. Verspäetete Vermittlungsversuche legten Mitte Juni ein, als der Arbeitgeberverband in München beschloß, eine Kommission aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu bilden, in der es aber zu einer Einigung nicht kam, obwohl das an den Verhandlungen als Berater teilnehmende Mitglied der Arbeiterorganisation, Reichel, die Forderung, Tarifverträge abzuschließen, fallen ließ. Alle Gesuche um Vornahme von gegenseitigen Widerstand, und wieder wurde, wie schon oben, der Konflikt auf die prinzipielle Spitze getrieben. Ein geringfügiger Anlaß hat ausgereicht, eine Bewegung hervorzuheben, durch welche die ganze bayerische Metallindustrie in Stöden geraten ist. Sind von der Auslieferung im Süden Deutschlands 17.000 Arbeiter betroffen, so hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet 25.000 Arbeiter ausgesperrt und ebenfalls den Kampf gegen die Arbeiterorganisation aufgenommen. Auch die Schuhwarenarbeiter haben sich wegen der Abwehler der Industriellen, ihre Tariforganisation anzurechnen, in eine sehr unangenehme Lage versetzt. So erleben wir denn jetzt eine Ära großer wirtschaftlicher Konflikte, aus denen immer wieder die Notwendigkeit hervorgeht, Institutionen zu schaffen, Instanzen einzulegen, welche für die Innehaltung eines friedlichen Einvernehmens mit hehrbedingtem Nachdruck Sorge zu tragen haben. Daß der Staat ruhig zusehen dürfte, wie die eine wirtschaftliche Gruppe die andere zur totalen Unterwerfung zu zwingen sucht, er, der die Aufgabe hat, die Freiheit und natürlich auch die Koalitionsfreiheit auch des geringsten Bürgers zu gewährleisten, muß man bei vorwurtsloser Ermahnung für ausgeschlossen halten.

Die Kletzer-Wache hat mit den üblichen Negativen ihren Anfang genommen und vermag wieder eine Reihe von Sportsmännern aus fast allen lebendigen Nationen in der Ostsee. Mittlerweile hat die englische Kommandoabordnung unter dem Vorgesetzten Lord Lydenstons auf ihrer Reise zum Studium ausländischer Kommunal-einrichtungen nach Bonn und Berlin beachtet und ist von den preussischen Behörden und den Stadtmagistraten überall mit großer Freundlichkeit begrüßt worden. In den Neben der englischen Gäste kam wiederholt ihre starke Abneigung gegen die englischen Zeitungsquerulanten zum Ausdruck, die das englische Volk gegen Deutschland auf-

zubehalten suchen. Es kann nur Befriedigung hervorgerufen, eine Verleugnung der englischen Antipathie gegen Deutschland von so heraufende Stelle zu hören. Der englische Besuch traf fast in dieselbe Zeit, in welcher der Alldeutsche Verband seine Sommer Tagung hatte. Was da über das Hervortreten des Nationalprinzips und über die Antipathie Deutschlands in der Welt alles gesagt worden ist, war so einseitig chauvinistischer Natur, daß man über die Versicherungen ohne große Erregung zur Tagesordnung gehen kann. Bemerkenswert war, daß auf dem Alldeutschen Verbandstage die Eröffnung gemacht wurde, daß während der Tagung der Kolonialgesellschaft in Offen die Einbringung einer Resolution zu Gunsten der Flottenvermehrung „auf Wunsch von oben“ inbegriffen worden sei. Angeblich sollten zwischen dem Zentrum und der Regierung bereits bindende Abmachungen über die Flottenvermehrung, die im Herbst zu erwarten ist, getroffen worden sein, eine Auslage, gegen die in der ultramontanen Presse heftiger Widerspruch erhoben wurde. Gegen die ultramontane Partei gerichtet war u. a. auch der Vorstoß des Fürsten Hensel von Donnersmarck, einen privaten Lehn-Millionen-Dispositionsfonds zu schaffen, aus dem bedürftigen entlassenen Offizieren Pensionen und Unterhaltungen gewährt werden sollen. Die geschilderte Militärsponsionsaktion sollte auf dem Wege privater Liebesgaben weitergeführt werden und dem Reichstage sollte wegen seines abtöndlichen Widerstandes die Lehre gegeben werden, daß man ihn zum Budgetbewilligen nicht immer brauche und es auch anders machen könne, wenn er sich widerständig in Geldbehörden verhalte. Natürlich sollten die großen jüdischen Bankhäuser — wie im Falle Mirbach — das Geld geben. Die böse „Zukunft“ brachte das nette Wachsen an die Öffentlichkeit, in der es eine so einseitige Verurteilung erfährt, daß es wohl für alle Zeiten aufgegeben sein dürfte. Das sondersbarste daran war wohl das, daß man auf eine Unterfertigung bedürftiger Offiziere durch die gesellschaftliche Schicht gerechnet hatte, deren Söhne von der Offizierskarriere nach der geltenden Praxis ausgeschlossen sind. Aber man sieht wieder, zu welchen Seitenstößen und Aufsehenmandern gegriffen wird, wenn der gerade Weg Schwierigkeiten bereitet. Auch die gefällige Ausgestaltung des alten Deutschen Schulzeugnisses über den Charakter des Fürsten Bismarck gehört zu den verdorbenen Mitteln, mit denen eine neugierige Politik sich zu kämpfen ansetzt. Mit der harmlosen Miene von der Welt jedoch ein christlich-soziales Vater mit dieser Veröffentlichung giftige Weile ab, deren Natur indes von der liberalen Presse alsbald in ihrer vollen Bedeutung erkannt und gemeldet wurde. Zum Ueberflusse stellte sich dann noch ein offizielles Bekanntgabe, die übrigens in einem der geringst verbreiteten und auch sonst herzlich unbedeutenden Blatte ersogte, heraus, daß das Zeugnis in seinen abfälligen Bemerkungen reine Erfindung war. Natürlich ließ es die Sägen gefratte christlich-soziale Presse daran fehlen, den Beweis für ihre ursprüngliche Mitteilung zu bringen, trotzdem sie eindringlich gemacht wurde, mit ihren angeblichen Beweisen herauszutreten, und so zeigte sie nachträglich die Miene eines armen Sünders, der selbst nicht mehr weiß, weshalb er das getan hat, was ihm hinterher zum Vorwurf gemacht wird.

Der Tod des ehemaligen Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, Major v. Wissmann, gab wieder einmal Anlaß, sich die ganze Stabilität unserer kolonialen Politik zu vergegenwärtigen. Hier hatte man eine eminent fähige Kraft mit den besten Grundfäden und ließ sie ungenutzt und unbekannt daphinischen. Raun anderthalb Jahre war Wissmann Gouverneur. Was hätte dieser Mann für das deutsche Kolonialwesen alles tun und leisten können, wenn man seine Intelligenz, Erfahrung und praktische Betätigung für die deutsche Kolonialpolitik zu erhalten gewünscht hätte, anstatt ihn frühzeitig kalt zu stellen, das Kolonialwesen dem Drude einseitiger Interessen großer Firmen gesügig zu machen und die Entrechtung der schwarzen Bevölkerung zum Prinzip zu erheben. Wie wenig Erfolg man mit solchen Grundfäden hat, lehrt uns der südafrikanische Aufstand. Es ist möglich, daß er ebenso lange wärdren wird wie die Kämpfe der Holländer auf Java, weil die Ziele der deutschen Politik in Südafrika ebenso wenig einwandfrei sind wie die Ziele der Holländer im Sundaarkipel, deren Kämpfe nun seit Anfang 1873 abzuwachen, enorme Kosten verursacht und ungeheures Elend über die unglückliche Bevölkerung verdröten, sonst aber keinen Zweck gehabt haben. Immer noch werden die „beflegten“ ausländischen Herreros „unterworfen“; aber da es ihnen möglich ist, sich auf englisches Gebiet zu flüchten und nach kurzer Zeit zurückzukehren und die deutschen Anstalten von neuem zu überfallen, so ist überhaupt kein Ende des Krieges möglich und Südafrika das große Schauplatz, das zum Gespött der großbritannischen Welt die mühsam erarbeiteten Millionen des deutschen Volkes unaufröhtlich verdröten.

Die im plötzlichen - Prozeß ereignen viel Aufsehen. Der eine betraf den Entschleissungsprozess in Köln und der andere den russischen Fürsten Kuschny, der sich in Dresden durch die Mißhandlung eines Deutschen mißliebige gemacht hat. Der bemerkenswerte Teil der Verhandlung war das Sachverständigengutachten über den Charakter des Thomschen Gedichtes. Es kamen Ausdrücke darin vor, die allerdings harter Tabak waren und an die kraftvolle Art der kutherischen Redeweise erinnerten, die aber zugleich wie ein Hauch feinerer und fruchtbarer Gesundheit anmuteten. Freilich das Gedunde und Naturliche ist nicht allemal das, was der hohen Gesellschaft und ihren Klendiaten behagen möchte. Aber wer im öffentlichen Kampfe

steht und selbst kräftige Worte gebraucht, soll sich nicht gleich so jümpelich zeigen und wegen eines verurteilenden Gedichts zum Rade laufen. Heißt es doch auch in der Bibel: „Du sollst dem Ochsen, der da dröhtet, das Maul nicht verbinden“. Hauptsächlich ist daher, worfür Thoma vor Gericht plädierte, auch diesmal nichts Entscheidendes aus Stuttgart zu berichten“. Der Leipziger Kirchenprozeß deckte eine Menge so wenig erfreulicher Vorgänge im kirchlichen Leben auf, daß die Herren, die sich beleidigt gefühlt haben, allerdings besser getan hätten, den Mantel der christlichen Liebe über die Tatsachen zu breiten, anstatt dem Protektantismus den „Liebesdienst“ gerichtlicher Klarstellung zu erweisen.

Rom Schmettag in Wiesbaden, dem Gastwirtstag in Lübeck und dem Auscheiden Voigts aus der Mitte ist an der Vereinigung wurde manches berichtet, was der Aufmerksamkeit wert ist. Auch die nationalliberale Partei sieht sich nunmehr vor die Notwendigkeit verlegt, zu betonen, wie sehr die Mittelstandsbewegung in die Bahnen des Bundes der Landwirte einleitet, und hat bereits einen Feldzug der Aufklärung begonnen. Freilich liegt hier eine Gefahr für die zukünftige Gestaltung der inneren Politik vor, zumal wenn man die agitatorische Werbestraft des Bundes der Landwirte berücksichtigt; für die Wahlen von 1908 kann nicht rechtzeitig genug Vorjorge getroffen werden. Der Verbandstag der sozialdemokratischen Konsumvereine tagte in Stuttgart. Allzu Bemerkenswertes ist dabei nicht verhandelt worden.

Eine veränderte Taktik gegen früher hat nun das Zentrum, seitdem es regierende Partei geworden ist, eingeschlagen. Es sucht es so darzustellen, als ob es von Einseitigkeit und Toleranzempfinden überflöme, und als ob Sonderbefreiungen und Intoleranz allein auf der anderen Seite zu finden seien. Von diesem Standpunkt aus wird auch die Affäre verständlich, die es beim Bismarckfaldelzug durch seine ultramontanen Verbindungen an der Gallener Universität jedoch provoziert hat. Freilich ist eine Ungefährlichkeit auf der anderen Seite passiert insofern, als uherhaupt die beiden katholischen Verbindungen offiziell eingeladen worden sind. Es muß bei dieser Gelegenheit daran erinnert werden, wie sich das Zentrum früher Bismarck gegenüber verhalten hat. Es gab eine Zeit, wo die katholischen Verbindungen stets eine Beteiligung an der Bismarckfeier ablehnten, wo das Zentrum dem Altreichtstanzler sogar einen Reichstags-Glückwunsch zum Geburtstag verweigerte. In dem Namen Bismarck konzentriert sich der dem ultramontanen Korporationswesen feindlich gegenüberstehende Geist der deutschen Studentenschaft. Es ist daher kaum begröflich, wie die ultramontanen Korporationen es mit ihren Grundbänden vereinigen konnten, den Mann zu feiern, in dessen Namen die übrige Studentenschaft ihre Tendenz befehlet. Sie hätten auf die Führung verzichten müssen. Was würden sie dazu sagen, wenn die freihetliche Studentenschaft bei einem Faldelzug zu Ehren des Papstes und Windthorst die führende Rolle beanspruchte! Sie würden mit Recht darin den Versuch sehen, der wirklichen Gefolgschaft dieser Führer die Freude der Teilnahme zu verghllen. Hauptsächlich trägt diese Begebenheit dazu bei, die Verhältnisse in wissenschaftlicher Weise zu klären, so daß für die Zukunft solche Zwischenfälle unmöglich gemacht werden.

In Frankreich hat Rouvier das Ministerpostenfleuille des Auswärtigen definitiv übernommen und in der schwerdenen Marofffrage eine diplomatische Note ausgearbeitet, die sich auf der Konferenzidee in weder zukunftsreich noch ablehnender Weise äußert. Die Politik der gegenfeitigen Ermüdung ist ja eines der beliebtesten diplomatischen Mittel, um eine unangenehme Aktion schließlich auf den toten Strang zu leiten. Auch die englische Diplomatie ist in der Marofffrage in fndiger Fühlung mit deutscher und französischer Seite. Nachdem die Mchte die Befeldigung der Konferenz von der Zustimmung der hauptbeteiligten Nationen abhängig gemacht haben, ist es Aufgabe Frankreichs, mit dieser Zustimmung nicht länger zurüchzubleiben, sondern zur Befeldigung des von ihm geschaffenen Konflikts die nötigen Schritte zu tun. Frankreich, das etwas Neues in Maroff will, hat dieses Neue auf der Konferenz zu rechtfertigen, aber es soll nicht vorher Deutschland in seine Netze zu sieben suchen, da damit die Konferenz überflüssig werden würde. Hauptsächlich bleibt Bismarck fest bei seinem Programm.

Das Kabinett Fejervary erhielt sofort nach seiner Vorweisung im ungarischen Abgeordnetenhaus ein Misstrauensvotum und vertagte darauf, obwohl es nicht mehr gelegentlich als existierend betrachtet werden konnte, das Haus. Fejervary wird pro forma seine Demission einreichen und dann seine ausgleichende Arbeit beginnen. Das Fejervarys Hauptaufgabe darin besteht, die Opposition zu erwidern und zu probieren, wer es am längsten aushalten kann, das Parlament oder der König, ist ganz offensichtlich. Der Hof rechnet auf das stets eintretende Abläufen der Bewegung. Mittlerweile hat die Koalition Steuererweiterung und Verweigerung der Rekrutenaushebung proklamiert und sich zu einem die Sandlungen der Regierung übergewandten Rump-parlament konstituiert. Es sind also vorläufig alle Zeichen vorhanden, daß der Kampf mit gesteigerter Heftigkeit gefüht wird.

Der neueste englische Armeesandal, der gebaute ausbeuerliche Betrügereien aufgedeckt hat, wird von der Opposition in einer klaren Waffe gegen Walfour verwendet. Auch Spanien hat eine Ministerkrisis erlebt. Nachfolger Villaverdes wurde Montero Rios, der den jahrelangen Parteiverhltnissen seine Regierungset

